

Zentralrat der Juden in Deutschland

Präsidentin

München, den 7. Januar 2007

Pressemitteilung von Charlotte Knobloch, Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland

Knobloch warnt vor einer Vereinnahmung der bundesweiten Debatte um Jugendgewalt durch Rechtsextremisten

Die Präsidentin des Zentralrats der Juden in Deutschland warnt vor einer Vereinnahmung der Überfälle in Münchner U-Bahnen für ausländerfeindliche Zwecke: „Nicht zuletzt mit Blick auf die Demonstration der rechtsextremen „Bürgerinitiative Ausländerstopp“ am vergangenen Freitag in München, ist es unerlässlich, einem Abgleiten der bundesweiten Debatte um Jugendgewalt und Abschiebung krimineller Ausländer entschlossen entgegen zu treten.“

Für die Funktionäre der NPD sei die Kriminalität ausländischer Jugendlicher ein willkommenes Argument, allen Ausländern ihre Daseinsberechtigung in Deutschland zu entziehen, argumentiert Charlotte Knobloch. „Hier erwarte ich differenzierte und sensible Stellungnahmen seitens der politischen Entscheidungsträger“, fügte die Zentralratspräsidentin hinzu.

Für eine erfolgreiche Prävention von Jugendgewalt bedürfe es „effektiverer Integrationsmaßnahmen und einer Überwachung des Integrationserfolges“. Insbesondere die Perspektivlosigkeit ausländischer Jugendlicher müsse überwunden werden. „Die USA, die sich seit jeher als Einwanderungsland verstehen, können hier beispielhaft sein“, erklärte Knobloch heute in München. „Wer sich aber den Integrationsmaßnahmen widersetzt, muss das Land verlassen.“

Gleichzeitig müsse die Psyche der Opfer jener Gewalt stärker in den Blickpunkt gerückt werden: „Es darf nicht angehen, dass ausschließlich über die Bedürfnisse der Straftäter diskutiert wird, während die Gefühle der Opfer kaum berücksichtigt werden“, warnte die Zentralratspräsidentin und fügte hinzu: „Die Folgen der Gewalt für die Opfer müssen in die Entscheidung über das Strafmaß stärker einfließen.“

„Ein schärferes Vorgehen gegen Jugendkriminalität, insbesondere eine konsequentere Anwendung bestehender Gesetze durch die Gerichte – wie sie Bundesinnenminister Schäuble fordert – ist einer erfolgreichen Integration ebenso dienlich wie Präventionsmaßnahmen“, erklärte Knobloch.

Zudem dürfe das Bundesjustizministerium die vom Bundesrat beschlossenen Gesetzesverschärfungen, wie den Warnschussarrest, nicht länger blockieren.

Ansprechpartner für die Medien:

Bettina Stuhlweißenburg
Pressereferentin

089-20 24 00 115
presse@ikq-m.de